ziehen. Die bisherigen Erfahrungen mit staatlich bewirtschaftetem Großgrundbesitz sprechen gegen den sozialdemokratischen Vorschlag. Vielfach ist man bei Staatsdomänen zur Verpachtung übergegangen, da die Selbstbewirtschaftung durch den Staat sich als unpraktisch und unrentabel erwiesen hat.

Das sozialdemokratische Wahlprogramm enthält daher keineswegs eine Lösung der Großgrundbesitzfrage, sondern führt zu einer schweren Erschütterung des Wirtschaftslebens. Die kleinen Bauern und Landarbeiter haben aber am allerwenigsten Ursache, von der Sozialdemokratie die Rettung und Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz zu erwarten, denn die sozialistische Republik würde ihnen das Privateigentum an dem Besitz streitig machen und sie zwingen, den gemeinsamen Betrieb in genossenschaftlicher Weise einzuführen, wobei sie unter die Vormundschaft sozialistischer Machthaber gestellt würden, die ihnen vorschreiben, was und wie sie anzubauen haben. Mit der Freiheit und Selbständigkeit, die gerade der landwirtschaftliche Beruf für sich verlangt, wird aber dieses Hineinregieren in die Wirtschaft sich nicht vertragen. Wir behaupten daher nicht zuviel, wenn wir sagen, daß das sozialdemokratische Wahlprogramm in der Agrarfrage gänzlich versagt und auch in dieser neuen Einkleidung nur zu deutlich verrät, daß die Agrarfrage auch weiterhin ihr Sorgenkind bleiben wird. Kessel hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er auf dem Grazer Parteitag 1900 (sief Protokoll S. 121) die Aufstellung eines Agrarprogramms für verfrüht hielt, solange nicht die Frage entschieden ist, ob „es prinzipiell zulässig ist, den bäuerlichen Besitz zu erhalten“. Kautsky, der strenge Dogmatiker der Sozialdemokratie, hält es nicht für zulässig, daher würde die Sozialdemokratie besser tun, von der Aufstellung von Programmen, die zu den schwersten Widersprüchen führen, abzusehen.

Die neuesten Gewerbefreunde.

Wie jetzt die roten Weltverbesserer auf einmal ihr Herz für unsere deutschen Bauern entdeckt haben und das Land durchziehen, um Bauernstimmen für die Wahlen zu gewinnen, so umschmeicheln sie auch jetzt die Gewerbetreibenden, indem sie in ihrem Wahlprogramm versichern, daß sie „das Eigentum des Handwerksmeisters, der seine Werkzeuge selbst ge-

braucht, nicht antasten wollen". Auch diese Freundschaft steht im krassen Widerspruche mit dem sozialistischen Programm und mit dem bisherigen Verhalten der Partei gegenüber dem Gewerbestande. Wenn es Angehörige des Mittelstandes geben soll, die diesen Lockrufen Folge leisten wollen, so werden ihnen vielleicht nachstehende sozialdemokratische Auslassungen die Augen öffnen. Im Schuhmacher-Fachblatt des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bock (Gotha) war am 26. April 1903 zu lesen: „Uns als Arbeiter kann der Untergang des sogenannten Mittelstandes gleichgültig sein, im Gegenteil, je eher er verschwindet, desto besser ist es, denn derselbe ist der größte Hemmschuh in ökonomischer, sozialer, gewerkschaftlicher und politischer Bewegung, überall tritt er uns hindernd in den Weg, und darum können wir dessen Untergang nicht früh genug herbeiwünschen.“ Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ledebour erklärte in einer Berliner Versammlung: „Die Sozialdemokratie hat mit den Mittelstandsparteien absolut nichts gemein und wird sich niemals dazu hergeben, die Interessen des Mittelstandes, das heißt der Handwerker, Ladenbesitzer, kleinen Industriellen u. s. w., zu vertreten, da auch diese nur zu der Klasse der Ausbeuter gehören. Die Sozialdemokratie ist nicht dazu da, die in ihrer Existenz bedrohten kleinen Gewerbetreibenden zu schützen oder zu stützen, sondern es liegt nur in der Absicht der Sozialdemokratie, daß diese Elemente ihre Selbständigkeit aufgeben; auf irgendwelche Hilfe hat der Mittelstand seitens der Sozialdemokratie nicht zu hoffen, sondern es wird gerade das Bestreben der Sozialdemokratie sein, solche Basare, Großindustrien u. s. w. im Kampfe gegen den Mittelstand zu unterstützen.“ Die „Sächs. Arbeiterzeitung“ sagte im Juli 1890: „Wir werden immer und überall bestrebt sein, den Untergang des Kleingewerbes zu beschleunigen.“ Engels schrieb im Mai 1890: „Wenn aber das Kapital die kleinen Handwerker und Kaufleute vernichtet, so tut es ein gutes Werk.“ Karl Kautsky sagt in seiner Schrift „Die soziale Revolution“ (Berlin, 1907, II. T.): „Sollten am Tage nach der sozialen Revolution noch immer Kleingewerbetreibende vorhanden sein, so werden sie so schnell wie möglich expropriert und beseitigt werden. Das nächste ist: eine Unterstützung der Streiklust der Arbeiter von

Staats wegen! Genügt das noch nicht, so wird die Vermögens- und Einkommensteuer so hoch geschraubt, daß sie der Konfiskation gleichkommt."

Zu diesen Aussprüchen wären die Führer nie gekommen, wenn nicht der Sozialismus auf der „wissenschaftlichen“ Grundlage aufgebaut wäre, daß die kleineren und mittleren Betriebe zugunsten des Großbetriebes verschwinden müssen. In den Augen der Sozialdemokraten ist das Handwerk eine veraltete Produktionsform, die nicht erhalten werden kann, da sich das Rad der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zurückdrehen läßt. Ohne Auffaugung des Handwerkers und des Kleinhändlers durch das Großkapital ist der sozialistische Staat unmöglich. Der Weg zur sozialistischen Republik führt über die Leichen des Mittelstandes. Daher haben auch die sozialdemokratischen Vertreter im Parlament gegen alle Gesetze gesprochen und gestimmt, die den Gewerbeschutz betreffen. Auf dem Wiener Parteitag 1903 (S. 47) führte der Bericht der Parlamentsfraktion bittere Klage „über die kniffige und boschafte Krämerseelelnatur der kleinbürgerlichen Abgeordneten“, weil sie die Gewerbeordnung und das Hausiergesetz zugunsten des Gewerbebestandes abändern wollten. Gelegentlich der Debatte über die Gewerbeform jagte Abg. Eidersch (Stenogr. Protokoll des österr. Abgeordnetenhauses, 9. März 1905): „Wir sind überzeugt, daß die Rettung des Kleingewerbes auf diesem Wege (Gewerbeform) nicht gelingen kann“. Wenn es auch darüber keinen Streit mehr gibt, daß es Industriezweige gibt, wo die technischen Vorzüge des Großbetriebes vom Kleinbetriebe niemals erreicht werden können, so ist es doch falsch, zu behaupten, daß das Kleingewerbe im allgemeinen keine Daseinsberechtigung mehr hat. Die statistischen Zählungen der Betriebe in den Friedensjahren haben selbst in dem industriellen Deutschland ergeben, daß in einem ganzen Vierteljahrhundert modernster kapitalistischer Entwicklung die kleinen und mittleren Betriebe sich nicht nur neben dem Großbetriebe gehalten, sondern auch noch sich selbst vermehrt haben. Die sozialistische Wissenschaft hat sich bei der Landwirtschaft gewaltig geirrt, ebenso auch mit ihrer Behauptung vom naturnotwendigen Untergange der kleinen und mittleren Gewerbebetriebe zugunsten des Großbetriebes. Sowohl die genossenschaftliche Organisation des Handwerks, wie die Ausnützung einer billigen elektrischen Kraft, die

Gewerbeförderungsaktionen des Staates und der Länder sichern dem gewerblichen Kleinbetriebe noch weit günstigere Ausichten für die Zukunft. Es ist nur notwendig, daß in der Übergangswirtschaft unser Handwerk Arbeit, Rohstoffe und billigen Kredit so rasch als möglich erhält. Von der Sozialdemokratie hat aber der Gewerbestand keine Hilfe zu erwarten. Sie stehen auf demselben Standpunkte wie ihre Vorläufer, die Liberalen, und erblicken in den gewerblichen Kleinbetrieben unzeitgemäße Betriebsformen, die nicht gehalten werden und nicht genug rasch verschwinden können. Wenn der sozialdemokratische Wahlausruf großmütig versichert, daß das Eigentum des Handwerkers nicht angetastet werden soll, so haben wir wohl nicht die geringste Gewähr, daß dieses feierliche Versprechen in der sozialistischen Republik eingehalten wird, die doch nur ein Interesse an dem raschen Untergange des Kleinbetriebes hat. Wenn Gewerbetreibende so töricht sind, mit dem Stimmzettel in der Hand die Errichtung einer sozialistischen Republik zu beschleunigen, so spielen sie die traurige Rolle des eigenen Totengräbers.

Kirche und Schule.

Das sozialdemokratische Wahlprogramm verlangt die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Zugleich wird versichert, daß „es dem Gläubigen unverwehrt bleiben soll, nach den Lehren seiner Religion zu leben“ und daß „die Macht der Kirche ungeschmälert bleiben soll, soweit sie auf ihrem Einfluß auf die Gläubigen beruht“. Wenn es der Sozialdemokratie nur darum zu tun ist, einen staatlichen Zwang auf die Ungläubigen in der Ausübung einer bestimmten Religion auszuschalten, so würde sie auch den Beifall der Gläubigen finden. Die Gewissensfreiheit der Ungläubigen ist heute nicht bedroht, die konfessionslosen roten Führer wissen am besten, daß sie keinem religiösen Zwang unterworfen sind. Es steht eine ganz andere Frage auf der Tagesordnung, die jetzt alle Kreise am meisten interessiert, nämlich die über das zukünftige Verhältnis zwischen Staat und Kirche und Schule und Kirche, und darauf gibt der sozialdemokratische Wahlausruf eine Antwort, die die religiös Gesinnten, mögen sie nun Katholiken, Protestanten oder Juden sein, durchaus nicht befriedigen kann. Wenn eine sozialistische Mehrheit be-